

2 Grundlagen des Patentwesens

Im Rahmen dieses Handbuches wird sehr intensiv mit Patenten, bzw. Patentedokumenten und den in ihnen enthaltenen Informationen gearbeitet. Die Patentbewertung, oder allgemeiner die Patentanalyse, nutzt die in den Patentschriften festgehaltenen Daten und fasst daraus abzuleitende Erkenntnisse zusammen. Um einen Überblick über die rechtlichen und inhaltlichen Aspekte von Patentrechten zu bekommen, stellt dieses erste Kapitel die Grundlagen des Patentwesens vor. Dabei wird insbesondere auf die Vielzahl von Informationen, die eine Patentschrift enthält, eingegangen. Weiterhin werden die durch die verfahrensrechtlichen Regelungen vorgeschriebenen Eckdaten vorgestellt. Gerade die durch das Verfahren bestimmten Aktivitäten wie Anmeldung, Offenlegung usw. stehen im Zentrum der Patentanalyse, wie später genauer erläutert wird.

Als Patent bezeichnet man eine territorial, sachlich und zeitlich begrenzt geschützte Erfindung². Etwas konkreter ausgedrückt versteht man unter einem Patent ein hoheitlich erteiltes gewerbliches Schutzrecht, das ein zeitlich begrenztes ausschließliches Recht (Monopol) zur gewerblichen Nutzung eines technischen Verfahrens oder eines technischen Produkts gewährt. In diesem Kapitel zu den Grundlagen des Patentwesens wird erörtert, welche Verfahren und Produkte für das Schutzrecht in Frage kommen, welche Voraussetzungen es gibt, der geschichtliche Hintergrund und welche Regelungen und Gesetze für das Patentwesen entscheidend sind.

In einem ersten Schritt wird die historische Entwicklung kurz skizziert und eine Begründung für das Entstehen dieser Privilegien gegeben. Daran anschließend wird das Patentrecht in das Umfeld der gewerblichen Schutzrechte eingeordnet. Das aktuelle Patentwesen wird im Folgenden näher beschrieben, die Grundbegriffe und Rechtstheorien werden vorgestellt und anhand des deutschen Patentgesetzes die materialrechtlichen Voraussetzungen besprochen. Im Anschluss daran wird die Offenbarung und die damit zu veröffentlichenden Inhalte sowie der Aufbau von deutschen Patentedokumenten thematisiert. Die verfahrensrechtlichen Grundlagen bilden einen weiteren Abschnitt dieses Kapitels. Abschließend wird kurz auf internationale

² Wolfrum, Strategisches Technologiemanagement, S. 127.

Besonderheiten des Patentrechts hingewiesen und es werden die Begriffe Erfindung, Patent und Patentportfolio bestimmt.

2.1 Historische Entwicklung und Begründung des Patentwesens

Das Interesse und die Notwendigkeit, Erfindungen zu schützen, und Erfinder zu belohnen, kann sich erst dann herausbilden, wenn soziale und wirtschaftliche Strukturen eine gewisse Reife erreicht haben, ein grundlegendes rechtliches Bewusstsein entwickelt ist und die Anwendung der Erfindungen wesentliche wirtschaftliche Vorteile verspricht. Daher sind Ansätze zum Schutz von Erfindungen erst seit der Neuzeit vorhanden³, wenn auch in Einzelfällen schon viel früher von patentähnlichen Maßnahmen, wie etwa dem eher sagenhaften einjährigen Schutz neuer Kochrezepte um 500 v. Chr. in Sybaris, Süditalien, berichtet wird⁴.

Die erste niedergeschriebene Regelung bezüglich eines zeitlich begrenzten Schutzes vor Nachahmung ist das venezianische Gesetz von 1474. Durch die Anmeldung einer gebrauchsfertigen, neuen und erfinderischen Vorrichtung bei einer Behörde konnte der Erfinder seine Innovation für 10 Jahre schützen lassen. Widerrechtliches Kopieren wurde mit Geldbußen bestraft. Schon damals war die Intention, durch den Schutz von Erfindungen begabte Menschen zu innovativen Leistungen anzuregen⁵.

Im Laufe der Zeit entwickelten sich auch in England, Frankreich, USA und Deutschland Verfahrensgrundsätze, die nach und nach in Form von Gesetzen festgehalten wurden. In Frankreich wurde das Patentgesetz 1791 kurz nach der Revolution beschlossen. Es entstand aus dem Gedanken, dass der Erfinder ein natürliches Eigentumsrecht an seiner Erfindung besitzt und ihm der Schutz als eine vertragsgemäße Gegenleistung für die Veröffentlichung und Bereitstellung seines Wissens zusteht. Ziel war es, die Erfindertätigkeit im Land zu ermutigen und zu steigern. In England wurden die Grundsteine des Patentwesens schon früher gelegt. Mit dem Statute of Monopolies 1624 wurde der Missbrauch von Monopolen und Privilegien durch die Krone vom Parlament eingeschränkt. Es entwickelten sich nach und nach den modernen Patentgesetzen ähnliche Regelungen, die zusätzlich schon sehr früh auf eine Erfindungsbeschreibung bestanden. Als Gesetz verfasst und niedergeschrieben wurde der Anspruch auf Patentierung jedoch erst 1835. In den USA entstand 1790 ein Gesetz zum Schutz von

³ *Kraßer*, Patentrecht, S. 50 f.

⁴ *Zimmermann*, GRUR 4/ 1967, S. 173 (173 f.).

⁵ *Kraßer*, Patentrecht, S. 55.

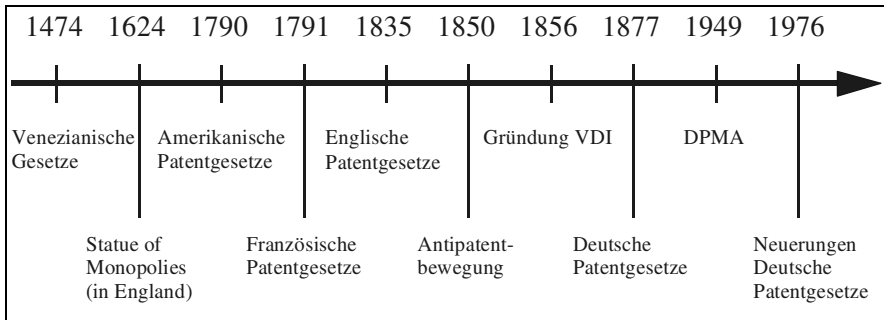


Abb. 2.1. Historische Entwicklung des Patentwesens

Erfindungen. Man versprach sich davon eine wirksame Unterstützung und Beschleunigung von Innovationen und Fortschritt. In Anlehnung an das französische Patentgesetz wurde das ausschließliche Eigentum des Erfinders an seiner Erfindung anerkannt und 1793 schriftlich festgehalten⁶.

In Deutschland verzögerte sich die Entstehung eines gemeinsamen Patentgesetzes aufgrund des Deutschen Bundes und der damit zusammenhängenden Vielzahl von Staatsgrenzen und einzelstaatlichen Vorstellungen und Sonderregelungen. Hinzu kam um 1850 eine nicht nur in Deutschland aufkommende Antipatentbewegung, die sich auf die Lehren des liberalen Wirtschaftssystems und freien Handels nach Adam Smith berief. Die Anhänger dieser Bewegung waren der Ansicht, dass die Erteilung von Patenten Monopolstellungen errichtet und somit die Gewerbetätigkeit behindert und hemmt. Sie schlossen daraus, dass Erfindungspatente schädlich für das Gemeinwohl sind und setzten sich für deren Abschaffung ein⁷.

Dem Gegenlager und damit Fürsprecher der Patente gehörten viele Techniker, Ingenieure und Unternehmer an, die sich beispielsweise im 1856 gegründeten Verein Deutscher Ingenieure oder der Deutschen Chemischen Gesellschaft formierten. Ihrer Meinung nach unterstützt der Schutz die Erfindungstätigkeit und fördert die Bereitschaft von Unternehmen in die Forschung zu investieren. Insgesamt kann durch Patentrechte der entwicklungshemmenden Geheimhaltung entgegengewirkt werden. Die Befürworter setzten sich schließlich auch in Deutschland durch. So wurde 1877 das Patentgesetz auf den Weg gebracht und kurz danach in Berlin das Kaiserliche Patentamt eröffnet. Dieses wurde nach einigen Umbenennungen 1949 nach dem Zweiten Weltkrieg durch das Deutsche Patentamt in München ersetzt⁸.

⁶ Kraßer, Patentrecht, S. 56 f.

⁷ Kaufer, The Economics of the Patent System, S. 8 f.

⁸ Kraßer, Patentrecht, S. 62.

In der folgenden Zeit kam es zu laufenden Veränderungen und Reformen im deutschen Patentgesetz. Vor allem die Neuerungen aus dem Jahr 1976 sind von Bedeutung. Es wurde zum einen dem weltweiten Patentszusammenarbeitsvertrag zugestimmt, auch Patent Cooperation Treaty PCT genannt. Dieser ermöglicht es, mit einer einzigen Anmeldung in mehreren vom Anmelder gewünschten Ländern einen vorläufigen patentrechtlichen Schutz zu erlangen. Ferner wurden die Voraussetzungen für eine europaweite Harmonisierung des Patentwesens im Rahmen des Europäischen Patent Übereinkommens EPÜ geschaffen. Dazu gehört unter anderem ein einheitliches europäisches Patentverfahren und die Eröffnung des Europäischen Patentamts in München⁹. Einen Überblick zur geschichtlichen Entwicklung des Patentwesens gibt Abb. 2.1.

2.2 Einordnung des Patentrechts in die gewerblichen Schutzrechte

Der Schutz von Erfindungen ist in Deutschland im Rahmen des gewerblichen Rechtsschutzes geregelt. Der gewerbliche Rechtsschutz ist ein Teil des Privatrechts und dient dem Schutz geistigen Schaffens im gewerblichen Bereich. Zu dem Begriff gewerblicher Rechtsschutz werden folgende zusammen mit ihren Rechtsquellen genannte Rechtsgebiete gezählt:

- das Patentrecht: Patentgesetz (PatG) in der Fassung von 1981,
- das Gebrauchsmusterrecht: Gebrauchsmustergesetz (GebrMG) in der Fassung von 1986,
- das Halbleiterschutzrecht: Halbleiterschutzgesetz in der Fassung von 1987¹⁰,
- das Geschmacksmusterrecht: Geschmacksmustergesetz (GeschmMG) in der Fassung von 1986,
- das Recht gegen den unlauteren Wettbewerb: Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) in der Fassung von 1986,
- das Kennzeichenrecht: Warenzeichengesetz (WZG) in der Fassung von 1968 und § 16 UWG, §§ 12 BGB, §§ 17 ff. HGB¹¹.

Das Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes lässt sich anhand zweier unterschiedlicher Wertungsgedanken ordnen. Das UWG und das Kennzeichenrecht gewährleisten auf der Sicherung des fairen Leistungswettbewerbs

⁹ *Holeweg*, GRUR Int. 2/ 2001, S. 141 (145).

¹⁰ *Osterrieth*, Patentrecht, S. 89.

¹¹ *Ahlert/Schröder*, Rechtliche Grundlagen des Marketing, S. 105.

durch Bekämpfung unlauteren Wettbewerbsverhaltens. Das Patentrecht sowie das Musterrecht dienen dagegen dem Schutz der geistig-gewerblichen Schöpfung als solche¹². Sie gewähren besondere Ausschließlichkeitsrechte, die auf folgenden Merkmalen beruhen:

Zum einen handelt es sich um subjektive Privatrechte, welche die Interessen des Schaffenden an einer konkreten, gewerblich verwertbaren Leistung sichern, indem sie die Leistung seiner rechtlichen Herrschaft unterwerfen und ihn dazu befugen, die Interessen über Klagewege wahrzunehmen und durchzusetzen. Zum anderen sind es Immaterialgüterrechte, da sie den geistigen Gehalt der gewerblichen Güter betreffen.

Ferner besitzen sie als Recht einen positiven und negativen Inhalt, der sich in den Benutzungsbefugnissen für den Inhaber (positiv) bzw. durch die Befugnis Dritte von der Nutzung auszuschließen (negativ) äußert.

Eine Systematisierung und Abgrenzung der Rechtsmaterie des gewerblichen Rechtsschutzes gibt Abb. 2.2. In ihr sind neben den verschiedenen Rechtsquellen auch die jeweils in juristischen Schriften verwendeten normensystemübergreifenden Begriffe genannt.



Abb. 2.2. Systematisierung und Abgrenzung der Rechtsmaterie des gewerblichen Rechtsschutzes (nach Ahlert/Schröder)

¹² Ahlert/Schröder, Rechtliche Grundlagen des Marketing, S. 107.

2.3 Grundbegriffe und Rechtstheorien des Patentrechts

Wie bereits erwähnt, ist das Ziel des Patentrechts der Schutz von geistig-gewerblichen Schöpfungen und Leistungen. Der theoretische Ausgangspunkt ist der Schutz des Individuums und die Anerkennung des allgemeinen Persönlichkeitsrecht. Darauf baut der Schutz des geistigen Eigentums auf. Der zuvor auf körperliche Gegenstände bezogene Eigentumsbegriff wurde in diesem Zusammenhang auf geistige Leistungen ausgedehnt. Allein durch das Persönlichkeitsrecht und den Begriff des geistigen Eigentums ist jedoch in patentrechtlicher Hinsicht noch nicht zu erklären, weshalb der Erfinder erst nach staatlicher Erteilung eines Patents ein Anrecht auf Schutz seiner Erfindung erhält und zudem ein Ausschlussrecht erteilt bekommt. Es sind also verschiedene Voraussetzungen zu erfüllen, damit ein Patent erteilt und der zugehörige Schutz gewährt werden kann¹³. Die grundlegende Voraussetzung ist die Offenbarung der Erfindung der Öffentlichkeit gegenüber. Nur gegen eine Bekanntmachung und Veröffentlichung der Innovation, die dem Fortschritt der Allgemeinheit dienen soll, wird ein Schutzrecht gewährt. Weitere materialrechtliche und verfahrensrechtliche Voraussetzungen werden im nachfolgenden Kapitel erläutert.

Bei dem Versuch, die theoretische Basis und die Legitimation für den Patentschutz zusammenzufassen, ist auf die Arbeiten von *Machlup* zu verweisen. Nach *Machlup* sind die Grundlagen des Patentrechts in vier verschiedene, aber zusammenhängende Patentrechtstheorien zu untergliedern:

Eigentumstheorie: Dieser Ansatz kommt aus der Naturrechtstheorie und besagt, dass nicht nur jede körperliche sondern auch jede geistige Schöpfung als Eigentum des Schöpfers zu behandeln ist. Daraus leitet sich das Recht ab, Dritte von der Nutzung auszuschließen.

Belohnungstheorie: Nach dieser Theorie verdient der Erfinder nicht nur ein eigentumsähnliches Recht an seiner Erfindung, sondern vielmehr den Anspruch auf eine Art Gegenleistung der Allgemeinheit für seine Erfindung. Das heißt, dass über die Eigentumstheorie hinaus die Erfindung als geistiges Eigentum anerkannt wird und zusätzlich eine Belohnung finanzieller oder ideeller Art geboten wird.

Anspornungstheorie: Die Anspornungstheorie betrachtet das Patentrecht nicht nur als Anspruch auf geistiges Eigentum und eine damit verbundene Belohnung, sondern sie schafft zusätzlich einen Anreiz für eine technische Erfindertätigkeit. Dies geschieht im Einverständnis mit der Allgemeinheit und dem öffentlichen Interesse, da Erfindungen generell als Fortschritt und Entwicklung und zum Wohl eines Volkes angesehen werden. Als Anreiz für eine Erfindung stellt sie einen umfassenden Schutz in Aussicht.

¹³ *Osterrieth*, Patentrecht, S. 4.

Offenbarungstheorie: Diese Betrachtungsweise stellt den Nutzen von Erfindungen für die Allgemeinheit in den Mittelpunkt. Diese Theorie wird auch als Vertragstheorie bezeichnet, da sie die Gewährung des Schutzes als Gegenleistung für die Veröffentlichung der Erfindung ansieht. Die Erfindung wird nur in den Bereichen geschützt, die auch offenbart werden. Hinzu kommt, dass nur die erstmalige Offenbarung im Rahmen des Patentwesens schützenswert ist¹⁴.

2.4 Materialrechtliche Voraussetzungen des Patentrechts

Im Folgenden wird auf die materialrechtlichen Voraussetzungen des deutschen Patentrechts und die zugehörigen Begrifflichkeiten eingegangen. Da das deutsche System dem europäischen Patentwesen sehr ähnlich ist, oder anders gesagt, das europäische System auf dem Deutschen basiert, werden beide Rechtsgrundlagen parallel vorgestellt. Neben den Paragraphen des deutschen Patentgesetzes werden zusätzlich die entsprechenden Stellen des Europäischen Patentübereinkommens (EPÜ) in Klammern angegeben. Die wesentlichen materialrechtlichen Voraussetzungen einer Patenterteilung sind in § 1 I PatG (entspr. Artikel 52 I EPÜ) niedergeschrieben. Hier heißt es, dass Patente für Erfindungen erteilt werden, die neu sind, auf erfinderischer Tätigkeit beruhen und gewerblich anwendbar sind¹⁵.

Die Voraussetzung der Neuheit ist in § 3 PatG (entspr. Artikel 54 EPÜ) geregelt. Demnach gilt eine Erfindung als neu, wenn sie nicht zum Stand der Technik gehört. Nach § 3 II PatG (entspr. Artikel 54 II EPÜ) umfasst der Stand der Technik alles, was vor dem Tag der Anmeldung der Öffentlichkeit durch schriftliche oder mündliche Beschreibung, Benutzung oder in sonstiger Art und Weise bekannt war. Der Neuheitsbegriff ist im Sinne einer absoluten Neuheit zu betrachten. Dem Anmelder wird demnach nur dann ein Patent zugesprochen, wenn er den Stand der Technik objektiv um eine technische Erfindung bereichert. Zur Beurteilung der Neuheit ist die Gesamtheit des technischen Wissens unabhängig vom Zeitpunkt oder Ort der Offenbarung heranzuziehen. Eine subjektive Erweiterung genügt den Ansprüchen eines Patents nicht. Im Rahmen der Neuheitsprüfung wird der Stand des Wissens an dem Fachwissen eines Durchschnittsfachmanns gemessen. Zeitlich ausschlaggebend ist der Stand des Wissens am Tag der Anmeldung oder dem Zeitpunkt einer früheren Anmeldung, falls

¹⁴ *Machlup*, GRUR Int. 9/ 1961, S. 373 (373 ff.).

¹⁵ *Reitzig*, Die Bewertung von Patentrechten, S. 8.

eine Priorität gemäß § 40 PatG (entspr. Artikel 87 EPÜ) in Anspruch genommen wurde¹⁶.

Eine weitere Voraussetzung für die Erteilung eines Patents ist die erfinderische Tätigkeit, sie ist in § 4 Satz 1 PatG (entspr. Artikel 56 Satz 1 EPÜ) genauer geregelt. Hiernach beruht eine Erfindung dann auf erfinderischer Tätigkeit, wenn sie sich für den Fachmann nicht in naheliegender Weise aus dem Stand der Technik ergibt. Eine bloße Kombination bekannter Einzelmaßnahmen gehört beispielsweise nicht zu einer erfinderischen Tätigkeit, weshalb für derartige Leistungen kein Patent erteilt werden kann. Während in der Praxis die Prüfung auf Neuheit in der Regel zu eindeutigen Ergebnissen kommt, stößt man bei der Beurteilung der erfinderischen Tätigkeit häufig auf erhebliche Probleme¹⁷.

Der Fachmann ist gefordert, den Stand des Wissens zu erfassen und eine Bewertung des objektiven Inhalts der Erfindung sowie der individuellen Leistung des Erfinders vorzunehmen. Erschwerend kommt hinzu, dass die sogenannte Erfindungshöhe rückwirkend bewertet wird. Es handelt sich also um eine rückschauende Betrachtung, bei welcher der Durchschnittsfachmann den Inhalt der Erfindung ausblenden muss, um die Erfindungshöhe auf Grundlage des Stands der Technik zu bewerten. So wird beispielsweise die Schwierigkeit leicht verkannt, eine einfachere Lösung für eine Problemstellung ohne wesentliche Qualitätseinbußen zu erfinden. Der Prüfer sieht beim Einblick in die Erfindungsbeschreibung zuerst die Lösung und dann den Stand der Technik. Diese zur Situation des Erfinders umgekehrte Sichtweise führt mitunter zu einer unterschiedlichen Einschätzung der erfinderischen Tätigkeit. Die Beurteilung der Erfindungshöhe folgt dem Alles-oder-Nichts-Prinzip, das heißt, dass entweder ein Patent erteilt wird, ganz gleich ob es sich um eine große oder nur sehr kleine Erfindung handelt, oder nicht. Die Bedeutung der Erfindungshöhe kommt erst in der Bestimmung des Schutzbereichs zur Geltung. Je höher die erfinderische Tätigkeit eingeschätzt wird, desto größer kann in der Regel auch der Schutzbereich gewählt werden¹⁸.

Die dritte in § 1 I PatG genannte Voraussetzung ist die gewerbliche Anwendbarkeit der Erfindung. § 5 Abs. 1 PatG (entspr. Artikel 57 EPÜ) besagt, dass eine Erfindung gewerblich anwendbar ist, wenn ihr Gegenstand auf irgendeinem gewerblichen Gebiet einschließlich der Landwirtschaft hergestellt oder genutzt werden kann. Nach Krasser ist die Möglichkeit der Anwendung, ungeachtet ihrer Realisierung oder Rentabilität, allein entscheidend. Zur Anwendbarkeit gehört die technische Brauchbarkeit

¹⁶ *Osterrieth*, Patentrecht, S. 104 ff.

¹⁷ *Pleschak/Sabisch*, Innovationsmanagement, S. 49.

¹⁸ *Osterrieth*, Patentrecht, S. 110 ff.

oder Leistungsfähigkeit, das heißt, dass die Erfindung wie beschrieben funktionieren muss. Ferner muss die Erfindung unabhängig von Zufällen wiederholbar sein. In der Vorschrift zur gewerblichen Anwendbarkeit wird nochmals deutlich, dass der Schutz von Erfindungen als Belohnung gewährt wird, wenn damit gewerbliche Produkte oder Verfahren zum langfristigen Fortschritt der Allgemeinheit weiterentwickelt werden. Erfindungen mit rein theoretischer Bedeutung können im Sinne des Patentgesetzes keinen Schutz erlangen.

Patente werden sowohl für Produkte als auch für Verfahren erteilt. Diese beiden Patentkategorien sollen an dieser Stelle anhand einiger Beispiele kurz vorgestellt werden. Selbstverständlich gelten für beide Gruppen die oben besprochenen materialrechtlichen Voraussetzungen. Das Erzeugnispatent, das den umfassendsten Schutz gewährt, weil es sich sowohl auf alle Herstellungsverfahren sowie auf alle Verwendungsformen der Erfindung erstreckt, wird erteilt für:

- Vorrichtungen wie Maschinen, Geräte, Werkzeuge oder auch nur Teile davon,
- Stoffe, die in der Natur nicht vorkommen wie beispielsweise Kunststoffe, Arzneimittel, usw.,
- unbewegliche Sachen wie Brücken, Deiche, Kanäle,
- elektrische Schaltungen und sonstige Anordnungen aus funktionell zusammenwirkenden Mitteln.

Zu den Verfahrenspatenten gehören auch die so genannten Verwendungsansprüche, die die Benutzung eines Gegenstandes zum Inhalt haben. Verfahrenspatente werden erteilt für:

- Herstellungsverfahren zur Produktion von Erzeugnissen,
- Arbeitsverfahren, die nicht der Produktion eines bestimmten Erzeugnisses dienen wie beispielsweise Messen und Prüfen,
- neue Verwendungsmöglichkeiten bezüglich der Anwendung eines Erzeugnisses in einer bestimmten, bisher nicht bekannten Weise¹⁹.

Die materialrechtlichen Voraussetzungen, die Neuheit, die Erfindungshöhe und die gewerbliche Anwendbarkeit, stellen die inhaltliche Basis von Erzeugnis- und Verfahrenspatenten dar. Weitere Voraussetzungen betreffen die zur Offenbarung notwendige Patentschrift selbst, auf deren Form und Aufbau im nächsten Abschnitt eingegangen wird.

¹⁹ Pleschak/Sabisch, Innovationsmanagement, S. 49.

2.5 Die Offenbarung und der Aufbau deutscher Patentschriften

Die Offenbarung der Erfindung ist ein wesentlicher Bestandteil des patentrechtlichen Grundgedankens und gleichzeitig eine wichtige Voraussetzung zur Erlangung des Patentschutzes. Der Erfinder kann seine Erfindung nur dann umfassend schützen lassen, wenn er bereit ist eine vollständige Beschreibung der Erfindung zu offenbaren und damit der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen. Diese Offenbarung stellt eine Weiterentwicklung des Stands der Technik dar und bereichert somit den Fortschritt einer Gesellschaft. Die Offenbarung ist ausdrücklich im Patentgesetz festgehalten. Im Zusammenhang mit den Vorschriften für die Anmeldung heißt es in § 34 Abs. 2 PatG (entspr. Artikel 83 EPÜ), dass die Offenbarung fester Bestandteil der Anmeldung ist und damit unbedingte Voraussetzung zur Erteilung eines Patents. In dem Paragraph heißt es weiter, dass die Erfindung so deutlich und vollständig zu offenbaren ist, dass ein Fachmann sie ausführen kann²⁰.

Die Vorschriften zu Form, Aufbau und Inhalt der Patentschriften sind in §§ 34 bis 41 PatG festgelegt. Zu den notwendigen Bestandteilen gehört der Name des Anmelders, der Antrag auf Patenterteilung, mindestens ein Patentanspruch, die Beschreibung und die zugehörigen Zeichnungen. Zu den Patentansprüchen ist zu sagen, dass sie festlegen, was an der Erfindung neu ist und was geschützt werden soll. Sie werden in der Regel nach dem Motto „so eng wie nötig, so breit wie möglich“ formuliert, um einerseits eine sinnvolle Abgrenzung der Erfindung zum Stand der Technik zu gewährleisten und andererseits dem Patent einen möglichst großen Schutzbereich zu geben. Bestehende Mängel können sowohl bei Beschreibung und Zeichnung als auch bei den Patentansprüchen nachträglich verbessert werden, jedoch können keine fehlenden Inhalte nachgetragen werden²¹.

Da im Rahmen der Arbeit auch die Analyse einzelner Patentdokumente von Bedeutung ist, wird an dieser Stelle anhand eines Beispiels der Aufbau von Patentschriften etwas näher betrachtet. Für die Recherche von Patentschriften zur statistischen Analyse ist vor allem die erste Seite von Bedeutung. Abbildung 2.3 zeigt die erste Seite eines Beispielpatentes, anhand dessen die einzelnen Patentinformationen, erläutert werden, die im Rahmen der Offenbarung zu veröffentlichen sind. Die im nachstehenden Text angegebenen in Klammern stehenden Zahlen beziehen sich auf die in Kreisen sichtbaren Nummern der Abbildung.

²⁰ Osterrieth, Patentrecht, S. 16.

²¹ Rebel, Gewerbliche Schutzrechte, S. 342.


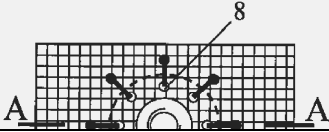
	
<p>⑪ BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND</p> <p style="text-align: center;">  DEUTSCHES PATENT- UND MARKENAMT </p>	<p>⑫ Patentschrift</p> <p>⑩ DE 198 34 772 C 2</p> <p>⑮ Int. Cl.⁷: B 32 B 27/12 B 32 B 7/04</p> <p>⑲ Aktenzeichen: 198 34 772.3-16</p> <p>⑳ Anmeldetag: 1. 8. 1998</p> <p>㉑ Offenlegungstag: 10. 2. 2000</p> <p>㉒ Veröffentlichungstag der Patenterteilung: 17. 10. 2002</p>
<p>Innerhalb von 3 Monaten nach Veröffentlichung der Erteilung kann Einspruch erhoben werden</p>	
<p>⑦ Patentinhaber: Institut für Verbundwerkstoffe GmbH, 67663 Kaiserslautern, DE</p>	<p>⑧ Erfinder: Mitschang, Peter, Dr.-Ing., 66877 Ramstein-Miesenbach, DE</p> <p>⑤ Für die Beurteilung der Patentfähigkeit in Betracht gezogene Druckschriften:</p> <p>US 47 86 343 EP 05 94 131 A1</p> <p>CH-Z.: Transfer Nr.49, 1994, S.8 "Bauteile aus Faserverbundkunststoffen"; Patent abstracts of Japan-CD-ROM, JP 09019970 A; Patent abstracts of Japan, M-405, 1985, Vol.9, No.202, JP 60-63134 A; Patent abstracts of Japan, M-367, 1985, Vol.9, No.70, JP 59-201821 A;</p>
<p>④ Faser-Kunststoff-Verbund-Bauteile mit Inserts</p> <p>⑤ Faser-Kunststoff-Verbundbauteil mit innerhalb der Faser- verstärkungsstruktur eingesetzten, als Lasteinleitungselemente dienenden Inserts, dadurch gekennzeichnet, dass die Inserts (1; 13; 17; 21) vor dem Einbetten in der Kunststoffmatrix (4) durch Fadennähte (9; 12) mit der aus Einzelverstärkungslagen (3) bestehenden Faser- verstärkungsstruktur (2) fest verbunden sind.</p>	
	

Abb. 2.3. Erste Seite eines Beispielpatents zur Erläuterung der enthaltenen Patentinformationen (DE 198 34 771 C2)

Auf der ersten Seite der Patentschrift finden sich Informationen über den Anmeldetag (22), den Offenlegungstag (43), den Tag der Patenterteilung (45), die technische Patentklassifizierung (51), den Anmelder (71) bzw. Patentinhaber (73), den Erfinder (72), die zur Beurteilung in Betracht gezogenen Druckschriften bzw. Entgegenhaltungen, auch Zitationen genannt (56), den Titel der Erfindung (54), eine verkürzte Beschreibung der Erfindung (57) sowie gegebenenfalls eine Skizze. Bei international wirkenden Patenten kommen zusätzliche Informationen wie die Staaten, in denen ein Schutzrecht erwirkt wurde und Angaben zur Priorität hinzu.

Für die statistische Patentanalyse ist vor allem das Anmeldungsdatum (22) relevant. An diesem Tag tritt die Erfindung zum ersten Mal in Erscheinung. So einfach diese Information auch ist, dieses Datum ist die Grundlage einer Vielzahl von Patentkennwerten, die in Kap. 4 beschrieben werden. Neben dem Tag der Anmeldung ist der Offenlegungstag (43), im

Regelfall 18 Monate nach Anmeldung, und je nach Stand des Verfahrens der Veröffentlichungstag der Patenterteilung (45) mit angegeben. Auch diese Daten werden im Rahmen der Patentanalyse häufig verwendet.

Ebenfalls von Bedeutung ist die Klassifikation technischer Sachverhalte (51). Sie orientiert sich an der Internationalen Patentklassifikation IPC und ordnet das Patent einer von etwa 70.000 technischen Untergliederungen zu. Im Rahmen des deutschen Patentwesens, genauer gesagt der Deutschen Feinklassifikation DEKLA wurde diese Einteilung um etwa 40.000 auf etwa 110.000 Klassen verfeinert und wird durch die letzte Buchstaben-Ziffern-Kombination mit ein bis drei Zeichen angezeigt²². Im Beispielpatent aus Abb. 2.3 ist keine erweiterte Klassifikation vorhanden. Die Übersetzung des Zahlen- und Buchstabencodes ist der entsprechenden Tabelle des DPMA zu entnehmen. Im Beispiel handelt es sich um die Sektion B „Arbeitsverfahren, Transportieren“, die Klasse 32 „Formgebung - Schichtkörper“, die Unterklasse B „aus Ebenen oder gewölbten Schichten, z. B. mit zell- oder wabenförmiger Form, aufgebaute Erzeugnisse“, die Hauptgruppe 27 „Schichtkörper, die als wichtigen Bestandteil Kunstharz enthalten“ und die Untergruppe 12 „grenzend an eine aus Fasern oder Fäden aufgebaute Schicht“²³.

Die für die Beurteilung der Patentfähigkeit in Betracht gezogenen Druckschriften (56), auch Zitationen genannt, sind Patentschriften und wissenschaftliche Veröffentlichungen, die den Stand des Wissens wiedergeben und auf die das Patent Bezug nimmt und aufbaut. Sie können im Rahmen der Patentanalyse sowohl quantitativ als auch inhaltlich genutzt werden um Kennwerte zu berechnen und Verbindungen von Patentschriften und ihren Anmeldern zu erkunden²⁴.

2.6 Verfahrensrechtliche Grundlagen des Patentrechts

In diesem Abschnitt werden die einzelnen Schritte des deutschen Patentverfahrens erläutert. In den meisten Ländern läuft das Verfahren nach einem ähnlichen Schema ab. Da bei der Patentanalyse mit den aus dem Verfahren entstandenen Daten umgegangen wird, ist ein Überblick über den Verfahrensablauf dringend notwendig. Zur besseren Übersicht zeigt Abb. 2.4 die einzelnen Schritte anhand eines Zeitstrahls graphisch auf.

²² Deutsches Patent- und Markenamt, Online-Hilfe der Patentdatenbank DEPATIS, Kap. 7.1; Bundesministerium für Bildung und Forschung BMBF, Der Patentserver.

²³ Deutsches Patent- und Markenamt, Online Erläuterung zur DEKLA (IPC).

²⁴ Schmoch, Wettbewerbsvorsprung durch Patentinformation, S. 31 f.

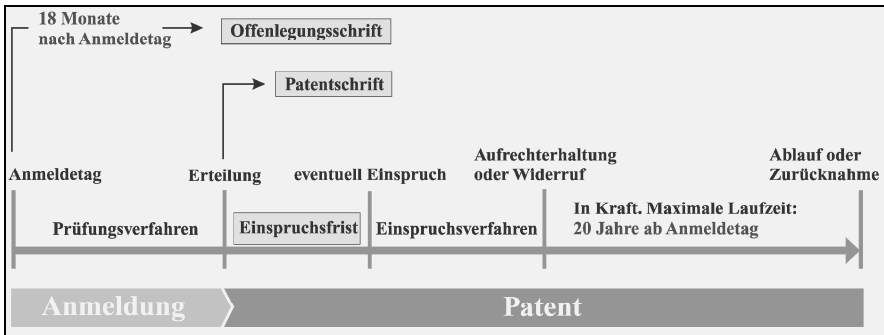


Abb. 2.4. Das deutsche Patentverfahren in zeitlicher Abfolge (nach *Ripper/Wolf*)

Wie bereits gesagt, beginnt das Verfahren mit der Anmeldung durch den Erfinder. Dieser Anmeldetag wird auch Prioritätsdatum genannt. Es ist das Datum der ersten Anmeldung der Erfindung zum Patent, der weitere Anmeldungen in anderen Ländern folgen können. Das Datum bestimmt ferner den so genannten Zeitrang der Anmeldung und ist maßgeblich für den zu berücksichtigenden Stand der Technik. Des weiteren sind vom Tag der Anmeldung die Laufzeit des Patents, die Prioritätsfrist zur Einreichung von Auslandsanmeldungen und die Offenlegungsfrist abhängig²⁵.

Nach dem Eingang der Anmeldung prüft das DPMA, ob alle Formvorschriften eingehalten wurden und ob es offensichtliche Patenthindernisse gibt. Außerdem wird während dieser Offensichtlichkeitsprüfung die Erfindung einem technischen Fachgebiet zugeordnet²⁶.

Die mit der Anmeldung beginnende Prioritätsfrist beträgt 12 Monate. In dieser Zeit besteht das Prioritätsrecht, den Patentschutz in weiteren Ländern zu beantragen. Die ursprüngliche Anmeldung bleibt davon unberührt. Die Kosten für die Nachanmeldungen setzen sich vor allem aus der zu übersetzenden Patentschrift und der Pflicht, sich durch einen Patentanwalt vertreten zu lassen, zusammen. Eine Möglichkeit inhaltliche Dinge zu ergänzen stellt das Zusatzpatent dar. Es kostet keine Jahresgebühren, endet gleichzeitig mit der Laufzeit der Hauptanmeldung und kann innerhalb der ersten 18 Monate nach Anmeldung beantragt werden. Es besteht außerdem die Möglichkeit, eine bereits angemeldete, Erfindung innerhalb von 12 Monaten erneut anzumelden. Dabei muss die Priorität der Erstanmeldung (innere Priorität) in Anspruch genommen werden, das heißt die Laufzeit kann um maximal 12 Monate verlängert werden. In der Praxis wird diese Variante

²⁵ Schmoch, Wettbewerbsvorteile durch Patentinformation, S. 16.

²⁶ Schmoch, Wettbewerbsvorteile durch Patentinformation, S. 16.

genutzt, um Weiterentwicklungen und Ergänzungen in den Patentschutz mit aufzunehmen²⁷.

Beim DPMA wird nach 18 Monaten die Patentschrift der Allgemeinheit zugänglich gemacht. Die Offenlegung bedient dabei den Grundgedanken des Patentrechts, den Tausch von Schutzrechten gegen eine frühzeitige Veröffentlichung der Erfindung.

Das notwendige Prüfungsverfahren muss innerhalb der ersten sieben Jahre vom Anmelder eingeleitet werden. Geschieht dies nicht, gilt das Patent als zurückgenommen. Es ist möglich den Antrag auf Prüfung gleich bei der Anmeldung zu stellen. Ist er einmal gestellt, ist eine Rücknahme nicht mehr möglich und das Prüfungsverfahren zur Feststellung der materiellen Patentfähigkeit wird durchgeführt. Will man mit dem Prüfungsantrag warten und dennoch sich ein Bild über die Patentierbarkeit machen, so kann man ab Anmeldung einen Rechercheantrag stellen, in dem der Stand der Technik ermittelt wird und im Falle der Offenlegung die ermittelten Dokumente erwähnt werden²⁸.

Ist das Prüfungsverfahren erstmalig abgeschlossen, wird der Anmelder in Form eines so genannten Prüfungsbescheids über das Ergebnis informiert. Ist die Erfindung dem Prüfer nach nicht patentfähig, erlässt dieser einen Zurückweisungsbeschluss, gegen den der Erfinder innerhalb eines Monats schriftlich und gebührenpflichtig Beschwerde einlegen kann. Werden Mängel erkannt, hat er in der Regel vier Monate Zeit um darauf zu reagieren und Verbesserungen vorzunehmen. Geht das Prüfungsverfahren, das zwischen zwei und vier Jahren dauern kann durch, erscheint nach einem mitgeteilten Patenterteilungsbeschluss die Patentschrift.

Nun kann jeder Dritte innerhalb von drei Monaten nach Veröffentlichung der Patenterteilung Einspruch gegen die Erteilung einlegen. Dadurch wird eine erneute Prüfung durchgeführt, die mit einer beschränkten oder unbeschränkten Aufrechterhaltung oder aber mit Widerruf des Patents endet. Die Schutzdauer beträgt insgesamt maximal 20 Jahre ab Anmeldetag. Durch die unaufgeforderte Zahlung der ab dem dritten Jahr fälligen Patentgebühren wird das Patent aufrechterhalten. Werden die Zahlungen eingestellt, erlischt das Patent unwiderruflich²⁹.

²⁷ *Ripper/Wolf*, Patente und Patentstrategie, S. 8.

²⁸ *Osterrieth*, Patentrecht, S. 287 f.

²⁹ *Schmoch*, Wettbewerbsvorsprung durch Patentinformation, S. 15 f.

2.7 Internationale Regelungen und Absprachen

Nachdem das Verfahren zur Erlangung eines Patents am Deutschen Patent- und Markenamt beschrieben wurde, werden in diesem Abschnitt die Verfahren des Europäischen Patentamtes und des Patentszusammenarbeitsvertrages PCT (Patent Cooperation Treaty) genauer betrachtet. Im Rahmen der vorzunehmenden Patentanalyse ist mit weltweit und europaweit angemeldeten Patenten zu rechnen. Um ein Verständnis für die länderübergreifenden Verfahren aufzubauen, ist eine kurze Einführung notwendig.

Dem Europäischen Patentübereinkommen gehören derzeit 30 Länder an³⁰. Ab einer Anmeldung eines Patents in mehr als vier europäischen Ländern ist die Anmeldung über das Europäische Patentamt in München oder der Zweigstelle in Den Haag günstiger als die getrennte Anmeldung in den einzelnen Ländern³¹. Ein weiterer Vorteil der europäischen Anmeldung ist, dass zu Beginn nur eine Verfahrenssprache zu wählen ist (englisch, französisch oder deutsch). Erst nach der Patenterteilung geht das Verfahren auf die Patentämter der einzelnen Länder über. Mit dem Tag der Erteilung zerfällt also das europäische Patent in ein Bündel nationaler Schutzrechte³². Die Erteilung dauert in etwa drei bis sechs Jahre. Wird das Patent erteilt, müssen gemäß der nationalen Bestimmungen der Länder, in denen das Patent angemeldet werden soll, die Patentgebühren an die betreffenden Patentämter gezahlt werden. Die Einspruchsfrist dauert neun Monate. Zu bemerken ist, dass weitere nicht zu unterschätzende Kosten durch die Notwendigkeit einer Übersetzung der Patentschrift in die Landessprache und die pflichtgemäße Vertretung durch einen Patentanwalt hinzukommen. Dies sei erwähnt, da anhand der Patentanalyse aufgrund der Anzahl der Länder, in denen das Patentrecht gilt und dem damit verbundenen Aufwand, Aussagen über das Patent und den Anmelder getroffen werden können³³.

Durch den Patentszusammenarbeitsvertrag oder auch Patent Cooperation Treaty PCT ergibt sich die Möglichkeit auf internationaler Ebene die Anmeldung und die Vorprüfung zusammenzufassen. Durch die internationale Patentanmeldung entsteht jedoch kein internationales Patent, ähnlich dem EPÜ, sondern nur die Option auf eine Vielzahl von Patentanmeldungen. Hauptvorteil dieses Verfahrens ist, dass unter Wahrung der Priorität erst spät über die konkreten Auslandsanmeldungen entschieden werden muss. Während bei einer direkten nationalen Anmeldung die Prioritätsfrist nach

³⁰ *Europäisches Patentamt EPA*, Das Erteilungsverfahren.

³¹ *Specht/Beckmann/Amelingmeyer*, F&E Management, S. 247.

³² *Haugg/Lokys/Winterfeldt*, in: *Engelhardt* (Hrsg), Fachwissen Patentinformation: Datenbanken strategisch genutzt, S. 183 (189).

³³ *Specht/Beckmann/Amelingmeyer*, F&E Management, S. 247.

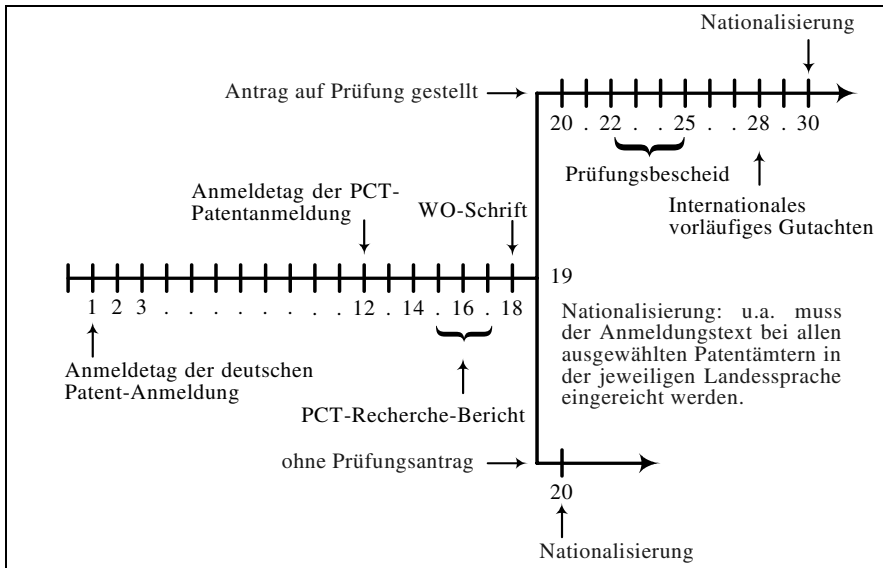


Abb. 2.5. Verfahren der Internationalen Patentanmeldung des PCT (nach *Ripper/Wolf*)

einem Jahr abläuft, beträgt die Frist bei der PCT-Anmeldung je nach Land 20 oder 30 Monate.

Diese Frist kann in allen Ländern auf 30 Monate verlängert werden, wenn ein Antrag auf vorläufige internationale Prüfung gestellt wird. Dieses Prüfungsverfahren endet nicht mit der Erteilung oder Zurückweisung des Patents, sondern nur mit einem internationalen Prüfbericht, der ein Ergebnis der Anmeldeprüfung in Bezug auf Neuheit und Erfindungshöhe enthält. Nach der angesprochenen Frist geht das Verfahren auf die bis dahin festgelegten Länder und deren Patentämter über. Wie schon zuvor bei der europäischen Anmeldung müssen auch bei der PCT-Anmeldung Prüfungs-, Übersetzungs- und Anwaltsgebühren der jeweiligen Länder geleistet werden. Abbildung 2.5 fasst das PCT-Verfahren noch einmal grafisch zusammen. Wie dargestellt, wird die Anmeldung an einem nationalen Patentamt ausgelöst und innerhalb der Prioritätsfrist von 12 Monaten über den Patentszusammenarbeitsvertrag PCT auf die Mitgliedstaaten ausgeweitet. Danach beginnt die acht- bzw. achtzehnmonatige länderbezogene Frist, die wie erwähnt in allen Ländern durch Stellung des Prüfungsantrages auf insgesamt, auf die Anmeldung bezogen, 30 Monate ausgedehnt werden kann³⁴.

³⁴ Schmoch, Wettbewerbsvorsprung durch Patentinformation, S. 23 f.

2.8 Bewertung und Bilanzierung im Rahmen der rechtlicher Vorschriften

Das folgende Kapitel beschäftigt sich mit der Bewertung von Patentrechten unter der Berücksichtigung existierender rechtlicher Vorgaben mit besonderem Augenmerk auf Bestimmungen bezüglich der Bilanzierung von immateriellen Vermögensgegenständen.

Die für deutsche Unternehmen von Bedeutung und hier besprochenen international anerkannte Rechnungslegungsstandards sind:

- International Accounting Standards (IAS),
- International Financial Reporting Standards (IFRS)³⁵,
- United States – Generally Accepted Accounting Principles (US – GAAP).
- IAS/IFRS sind seit dem 1. Januar 2005 für deutsche Unternehmen sogar vorgeschrieben³⁶.

Durch das Inkrafttreten des „Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich“ (KonTraG) wird die Rechnungslegung nach internationalen Standards enorm erleichtert. Der gleiche Effekt ergibt sich auch durch das „Gesetz zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Konzerne an Kapitalmärkten und zur Erleichterung der Aufnahme von Gesellschaftsdarlehen“ (KapAEG)³⁷. Die Erleichterung besteht darin, dass gemäß des § 292a HGB der so genannten „Öffnungsklausel“, es nun nicht mehr notwendig ist einen handelsrechtlichen Konzernabschluss gemäß den §§ 290-315 HGB aufzustellen, „wenn der Konzernabschluß und der Konzernlagebericht ... nach international anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen

³⁵ Seit der zum 1. Januar vollzogenen Strukturveränderung des International Accounting Standard Committee tritt die Bezeichnung IFRS an die Stelle der früheren Namensgebung IAS, wobei die Bezeichnung IAS für die bisher als IAS bezeichneten Standards erhalten bleibt.

³⁶ Im Folgenden wird unter „international anerkannten Rechnungslegungsstandards“ die Rechnungslegung nach IAS/IFRS oder US – GAAP verstanden, vgl. z.B. Böcking/Orth, Der Betrieb DB, 51. JG., 1998a, S. 1241. I. Allg. werden Unternehmen IAS oder US – GAAP an, um so leichter Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten zu erhalten. So müssen z.B. Unternehmen, die an der New York Stock Exchange gelistet werden wollen, einen Abschluss nach US – GAAP bzw. zumindest eine Überleitungsrechnung („reconciliation“) aufstellen, vgl. z.B. Böcking/Orth, Der Betrieb DB, 51. JG., 1998b, S. 1876.

³⁷ Ein tabellarischer Vergleich der vor der Verabschiedung der beiden Gesetze geltenden Vorschriften und des nach Verabschiedung geltenden Rechts findet sich in Böcking/Orth, Der Betrieb DB, 51. JG., 1998a, S. 1242–1246.

aufgestellt worden ist“³⁸. Darüber hinaus müssen, neben anderen Voraussetzungen für die Befreiung, nach § 292a Abs.2 HGB, die vom deutschen Recht abweichenden Bilanzierungs-, Bewertungs- und Konsolidierungsmaßnahmen im Anhang bzw. in der Konzernabschlusserläuterung dargelegt werden.

2.8.1 Bilanzierung nach HGB

Immaterielle Vermögensgegenstände stellen für die Unternehmen in der heutigen Zeit, welche durch die Globalisierung geprägt ist, wesentliche, wenn nicht sogar die entscheidenden Erfolgsfaktoren für ein erfolgreiches Bestehen an den globalisierten Märkten dar. Unter diesem Aspekt erscheint es kaum verwunderlich, dass die Rufe nach einer allgemeinen Aktivierung immaterieller Vermögenswerte, (wie etwa von Patenten in der Bilanz) immer lauter werden.

Eigene Patente

§ 246 Abs. 1 HGB schreibt die Angabe aller Vermögensgegenstände, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten in der Bilanz vor. Allerdings sind laut § 266 Abs.2 HGB gewerbliche Schutzrechte zu den immateriellen Vermögensgegenständen zu zählen und für diese existiert gemäß § 248 Abs. 2 HGB ein so genanntes „Ansatzverbot“, sofern sie unentgeltlich erworben wurden. Das bedeutet also, dass im Unternehmen selbst erstellte Patente in ihrer Form als immaterielle Vermögenswerte des Anlagevermögens nicht aktiviert werden³⁹. Diese geltende Regelung macht Sinn, da wie schon angesprochen ein konkreter Wert für immaterielle Vermögensobjekte, wie etwa Patente, nur schwer zu ermitteln ist und somit einer großen Unsicherheit unterliegt.

Tauchen gewerbliche Schutzrecht in ihrer Eigenschaft als immaterielle Vermögenswerte allerdings als Bestandteile von Transaktionen zwischen Mutter-, Tochter- oder Schwesterunternehmen auf, so besteht in diesem Fall die Möglichkeit einer Aktivierung in der Bilanz, da sie in diesem speziellen Fall als erworbene Patente im Sinne des nächsten Abschnitts einzuordnen sind und demzufolge auch als solche in der Bilanz aufgeführt werden können.

³⁸ Böcking/Orth, Der Betrieb DB, 51. JG., 1998b, S 1873 ff.

³⁹ Vgl. Hommel, Bilanzierung immaterieller Anlagenwerte, S. 251 ff.

Erworbene Patente

Für entgeltlich erworbene Patente besteht im Unterschied zu selbsterstellten Patenten eine Aktivierungspflicht⁴⁰.

Hier unterscheidet man drei Fälle, die mit jeweils verschiedenen Werten in die Bilanz eingehen:

- **Einzelerwerb eines Patents:**
In der Bilanz taucht der Wert der Anschaffungskosten in der Zugangsperiode auf.
- **Erwerb durch Tausch:**
Auch hier gehen die Anschaffungskosten in die Bilanz ein. Diese Anschaffungskosten des erworbenen Patents entsprechen hier dem Zeitwert des abgegebenen Patents.
- **Erwerb durch Unternehmensübernahme:**
Übersteigt der Gesamtkaufpreis den Buchwert, so gehen die erlangten immateriellen Vermögenswerte mit ihrem Zeitwert in die Bilanz ein, es sei denn, aus dem Kaufvertrag oder anderen Unterlagen, die zur Bestimmung des Kaufpreises dienten (z. B. Gutachten von Sachverständigen etc.), gehen wirtschaftlich vernünftige Werte hervor. Ist dies der Fall, so sind diese bei der Aktivierung zu berücksichtigen. Sollte dies nicht möglich sein, können die aus dem Patent entstehenden Erträge als Bilanzwert herangezogen werden. Allerdings muss die Ermittlung der Erträge für einen sachverständigen Dritten nachvollziehbar sein.

Folgebewertung

Die Folgebewertung ergibt sich aus planmäßiger und außerplanmäßiger Abschreibung gem. § 253 Abs. 2 HGB:

- **Planmäßige Abschreibung:**
Sie ergibt sich aus Lebensdauer und durch den Nutzungsverlauf des Patents. Sollte der Nutzungsverlauf nicht eindeutig bestimmt werden können, weil evtl. ein Verkauf des Patents zu einem späteren Zeitpunkt in Frage kommt, so ist eine lineare Abschreibung vorzunehmen.
- **Außerplanmäßige Abschreibungen:**
Diese sind notwendig und vorzunehmen, wenn der Zeitwert des Patents unter dessen Buchwert sinkt⁴¹.

⁴⁰ Vgl. zu diesen Ausführungen *Dawo*, Immaterielle Güter in der Rechnungslegung nach HGB, IAS/IFRS und US – GAAP, S. 97 ff., 103 f.

⁴¹ Vgl. zu diesen Vorschriften den Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 12 (DRS 12), veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 197a vom 22. Oktober 2002.

2.8.2 Bilanzierung nach IAS/IFRS

IAS und IFRS besitzen als international anerkannte Rechnungslegungsstandards auch eine sehr große Bedeutung für deutsche Unternehmen. Grund dafür ist die EU-Verordnung Nr. 1606/2002⁴², welche Unternehmen in der EU dazu verpflichtet, eine Rechnungslegung gemäß IAS/IFRS durchzuführen und vorzulegen.

Eigene Patente

Unter den Voraussetzungen, dass dem bilanzierenden Unternehmen aus dem zu aktivierenden Patent ein monetärer Nutzen zukommt und darüber hinaus die Herstellungskosten konkret zu ermitteln sind, existiert nach IAS/IFRS ein so genanntes Aktivierungswahlrecht für immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens⁴³. Was den Nutzenzuwachs anbelangt, so bedarf es gemäß IAS 38.45 einer Plausibilisierung⁴⁴ durch das Unternehmen, eine solche Plausibilisierung könnte in Form einer Patentbewertung vorgenommen werden, woraus ersichtlich wird, welche Bedeutung einer Bewertung von Patentrechten im Rahmen der Bilanzierung zukommt.

Der Bilanzwert selbst entspricht den Herstellungskosten, also allen ab dem Zeitpunkt des Nutzenzuwachses anfallenden Kosten. Darunter sind nach IAS 38.54 auch Gebühren für die Patentanmeldung des Patents beim zuständigen Patentamt, Abschreibungen auf Patente und Lizenzen, aber auch dem Patent zurechenbare Gemeinkosten zu zählen. IAS 38.42 und 38.45 erlaubt unter bestimmten Voraussetzungen auch Ausgaben für die Entwicklung von Patenten (nicht aber für die Forschung) ebenfalls zu den Herstellungskosten zu addieren⁴⁵. Was in diesem Zusammenhang unter Forschung bzw. Entwicklung entfällt, bestimmt sich aus IAS 38.7.

Erworbene Patente

Auch für entgeltlich oder durch Tausch erworbene Patente gelten gleiche Voraussetzungen für die Aktivierung, wie für selbsterstellte Patente. Allerdings wird gemäß IAS 38.33 von vornherein davon ausgegangen, dass

⁴² Die Verordnung kann unter http://europa.eu.int/comm/internal_market/accounting/ias_de.htm eingesehen werden.

⁴³ Vgl. *Schildbach*, Der Konzernabschluß nach HGB, IAS und US – GAAP, S. 441.

⁴⁴ Vgl. *Dawo*, Immaterielle Güter in der Rechnungslegung nach HGB, IAS/IFRS und US – GAAP, S. 199 f.

⁴⁵ Zu den Aktivierungskriterien der Entwicklung vgl. *Dawo*, Immaterielle Güter in der Rechnungslegung nach HGB, IAS/IFRS und US – GAAP, S. 204 f.

mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Nutzenzuwachs für das erwerbende Unternehmen vorliegt, da dieser Ziel und Zweck eines Erwerbs sein soll.

Auch hier unterscheidet man zwei Fallgruppen:

- Entgeltlicher Erwerb eines Patents:
Hierbei erfolgt die Erstbewertung zu Anschaffungskosten.
- Erwerb im Rahmen eines Unternehmenserwerbs
Dabei ist der Bilanzwert nach IAS 38.31a mit einem „fair value“ anzusetzen. Für die Ermittlung dieses Barwertes können gemäß IAS 38.30 seit der Neufassung des IAS 36 seit 2004 im Allgemeinen. verschiedene Verfahren zur Anwendung kommen:
 - „Traditional approach“:
Der zu erwartende Zahlungszustrom wird mit einem risikoadjustierten Zinssatz diskontiert.
 - „Expected cash flow approach“:
Hierbei werden alternative Zahlungsströme, je nach ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit, zur Bewertung herangezogen⁴⁶.

Sollte ein bewertendes Unternehmen über ein eigenes Verfahren zur Bewertung von Patenten verfügen, so kann dieses, gemäß IAS 38.29. und 30. zum Zweck der Bilanzierung unter der Voraussetzung herangezogen werden, sobald dieses Bewertungsverfahren solide Prognosen garantiert.

Folgebewertung

In den Folgeperioden ergibt sich der Bilanzwert aus den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten. Die Vermögensminderung, welche durch den bestimmungsgemäßen Gebrauch entsteht, wird gemäß IAS 38.63. durch planmäßige Wertminderungen erfasst⁴⁷. Darüber hinaus ist vorgeschrieben, dasjenige Abschreibungsverfahren zu wählen, welches den Wertverlauf des betrachteten immateriellen Vermögensgegenstandes am ehesten widerspiegelt. Falls der Wertverlauf nicht zweifelsfrei dargestellt werden kann, so ist gemäß IAS 38.88., bzw. IAS 38.97 das Verfahren der linearen Abschreibung zu wählen. Erfährt das Patent eine Wertminderung aufgrund offensichtlicher Veränderungen im rechtlichen, ökonomischen oder technologischen Umfeld und diese Wertminderung ist durch ein geeignetes

⁴⁶ Vgl. *Dawo*, Immaterielle Güter in der Rechnungslegung nach HGB, IAS/IFRS und US – GAAP, S. 139 ff.

⁴⁷ Vgl. *Dawo*, Immaterielle Güter in der Rechnungslegung nach HGB, IAS/IFRS und US – GAAP, S. 217 ff.

Verfahren konkret ermittelbar, so besteht die Möglichkeit außerplanmäßiger Abschreibungen⁴⁸.

Darüber hinaus muss die verbleibende Nutzungsdauer alljährlich geschätzt bzw. überprüft werden. Dies geschieht nach IAS 38.94 anhand wirtschaftlicher und rechtlicher Faktoren. Im speziellen Fall von Patenten als immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens ist die Länge der Nutzungsdauer durch die Dauer des Bestehens der Rechtspositionen beschränkt⁴⁹. Die Neubewertung von Patenten in den Folgeperioden ist nicht möglich, da kein aktiver Markt im Sinne von IAS 38.7 existiert.

2.8.3 Bilanzierung nach US – GAAP

In den Vereinigten Staaten sollen aus Jahresabschlüssen und Bilanzen auch entscheidungsrelevante Informationen hervorgehen. Diese Informationen sollen alle relevanten Gruppen, also Investoren, Gläubiger und Share Holder in die Lage versetzen ihr weiteres Vorgehen und Engagement zu überprüfen und aus dem vorgelegten Zahlenwerk vernünftige Handlungsalternativen für die Zukunft abzuleiten. Die im kommenden Abschnitt beschriebene Bilanzierung immaterieller Vermögensgegenstände nach US – GAAP verfolgt das gleiche Ziel.

Eigene Patente

Auch bei der Bilanzierung nach US – GAAP existiert, wie bei IAS/IFRS, ein Aktivierungswahlrecht für selbsterstellte Patente⁵⁰.

Um von diesem Aktivierungswahlrecht Gebrauch machen zu können, müssen nach dem Statement of Financial Accounting Concept (SFAC) 142.10 allerdings die nachfolgenden Bedingungen kumulativ vorliegen:

- Identifizierbarkeit⁵¹:

Dawo verweist bei dem Kriterium der Identifizierbarkeit auf Accounting Principles Board Opinion (APBO) 17.10, wo Patente explizit als Beispiele identifizierbarer Vermögenswerte genannt werden, da dieses Kriterium nicht explizit im SFAS 142 erwähnt wird. Damit ist die Bedingung der Identifizierbarkeit für Patente stets erfüllt.

⁴⁸ Vgl. *Dawo*, Immaterielle Güter in der Rechnungslegung nach HGB, IAS/IFRS und US – GAAP, S. 225 f.

⁴⁹ Vgl. *Dawo*, Immaterielle Güter in der Rechnungslegung nach HGB, IAS/IFRS und US – GAAP, S. 220 f.

⁵⁰ Vgl. *Schildbach*, Der Konzernabschluß nach HGB, IAS und US – GAAP, S. 441.

⁵¹ Vgl. *Dawo*, Immaterielle Güter in der Rechnungslegung nach HGB, IAS/IFRS und US – GAAP,; S. 135 f.

- Spezifische Nutzungsdauer nach APBO 17.24:

Als zweite Bedingung muss es möglich sein, die Laufzeit von Patenten, die in der Bilanz auftauchen, unter rechtlichen, ökonomischen und technologischen Aspekten zu schätzen. Da aber von Gesetzes wegen eine maximale Laufzeit von 20 Jahren vorgegeben ist, ist auch die zweite Bedingung stets erfüllt.

In der Regel liegen beide Bedingungen also kumulativ vor und somit kann auch hier, wie bei der Aktivierung selbsterstellter Patente nach IAS/IFRS der Bilanzwert des Patents in der Höhe der Herstellungskosten angesetzt werden.

In der Rechnungslegung nach US – GAAP setzen sich die Herstellungskosten aus allen produktionsbedingten Vollkosten zusammen. Darunter fallen neben den Material- und Fertigungsgemeinkosten auch die jeweils entsprechenden Gemeinkostenanteile, sowie Sonderkosten der Fertigung.

Nach SFAS 2 sind die Kosten für Forschung und Entwicklung nicht aktivierungsfähig, im Gegensatz zur Rechnungslegung nach IAS/IFRS, wo zumindest unter bestimmten Umständen die Ausgaben für die Patententwicklung aktivierbar sind⁵².

Allerdings sind nach amerikanischer Überzeugung Kosten, die einem Unternehmen im Rahmen einer erfolgreichen gerichtlichen Verteidigung eines Patents entstehen durchaus aktivierbar⁵³.

Erworbene Patente

Auch hier kann zwischen drei Fällen unterschieden werden:

- Einzelerwerb eines Patents:

Wie bei der Bewertung nach IAS/IFRS, sind entgeltlich erworbene Patente in der Höhe eines „fair value“ nach SFAC 142.9 in der Bilanz aufzuführen. Dieser setzt sich normalerweise aus Anschaffungskosten sowie Anschaffungsnebenkosten zusammen⁵⁴.

⁵² Vgl. *Dawo*, Immaterielle Güter in der Rechnungslegung nach HGB, IAS/IFRS und US – GAAP, S. 146 f.

⁵³ Vgl. *Dawo*, Immaterielle Güter in der Rechnungslegung nach HGB, IAS/IFRS und US – GAAP, S. 146 f. insb. Fußnote 768 und die dort angegebene Literatur.

⁵⁴ Vgl. *Dawo*, Immaterielle Güter in der Rechnungslegung nach HGB, IAS/IFRS und US – GAAP, S. 137.

- **Erwerb durch Tausch:**

Im Falle eines Patenttausches ergibt sich der „fair value“ entweder aus dem Wert des abgegebenen oder dem des erhaltenen Patents, je nachdem, welcher der beiden Patentwerte genauer ermittelt werden kann⁵⁵.

- **Erwerb durch Unternehmensübernahme:**

Der Kaufpreis für ein Unternehmen ist oftmals höher, als das sich aus der Bilanz ergebende Eigenkapital. Die Differenz entspricht den vom Unternehmen geschaffenen, allerdings nicht aktivierbaren immateriellen Vermögensgegenständen⁵⁶.

SFAC 142.9 bestimmt, dass in der US-amerikanischen Rechnungslegung nun eine Neubewertung der Vermögensgegenstände durchzuführen ist. Patente gehen gemäß SFAC 142.9 mit dem aus dieser Neubewertung hervorgehenden „fair value“ in die Bilanz ein.

SFAC 142.24 schreibt die Ansetzung dieses neuen „fair value“ durch eine Marktbeobachtung vor. Entweder von repräsentativen Marktwerten des zu bewertenden Patents oder einem Vergleich mit ähnlichen Patenten. Stehen keine solchen Informationen zur Verfügung, so wird eine hypothetische Ermittlung über den Barwert aller mit dem Patent verbundenen Zahlungsströme vorgenommen. Dies geschieht unabhängig von den unternehmensspezifischen Verhältnissen und der individuellen Nutzung des Patents. Zur Berechnung des Barwerts kommen die bereits in Abschn. 2.8.2 beschriebenen Methoden „traditional approach“⁵⁷ und „expected cash flow approach“ zur Anwendung⁵⁸.

Folgebewertung

In den Folgeperioden sind Patente mit begrenzter Nutzungsdauer über die voraussichtliche Nutzungsdauer so abzuschreiben, dass die Abschreibung dem erwarteten Verlauf des wirtschaftlichen Nutzens entspricht⁵⁹. Ist dies aus bestimmten Gründen nicht möglich, so ist nach SFAC 142.12 eine lineare Abschreibung vorzunehmen und nach SFAC 142.14 die weitere

⁵⁵ Vgl. *Dawo*, Immaterielle Güter in der Rechnungslegung nach HGB, IAS/IFRS und US – GAAP, S. 139.

⁵⁶ Vgl. *Busse von Colbe/Ordelheide*, Konzernabschlüsse – Rechnungslegung für Konzerne nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen und gesetzlichen Vorschriften, S. 206 f.

⁵⁷ Vgl. 2.8.2. Erworbene Patente, S. 28 in diesem Buch.

⁵⁸ Vgl. *Dawo*, Immaterielle Güter in der Rechnungslegung nach HGB, IAS/IFRS und US – GAAP, S. 139 ff.

⁵⁹ *Dawo*, Immaterielle Güter in der Rechnungslegung nach HGB, IAS/IFRS und US – GAAP, S. 147 ff.

Nutzungsdauer jährlich zu überprüfen, so wie es bei der Folgebewertung nach IAS/IFRS der Fall ist.

Für den Fall, dass der Zeitwert eines Patents unter seinen Buchwert sinkt, ist eine planmäßige Wertminderung und darüber hinaus ein Wertminderungstest bzw. eine Werthaltigkeitsprüfung („impairment test“) durchzuführen. Liegt der umgekehrte Fall vor und der Buchwert übersteigt den Zeitwert, so erfolgt eine Abschreibung auf den Zeitwert, der dann die Basis bildet. Wertaufholungen sind nicht erlaubt. Hierdurch wird eine ständige Bewertung der aktivierten Patente notwendig.

2.9 Begriffsbestimmungen

Nicht nur für den Unternehmensjuristen ist eine einheitliche Begriffsverwendung notwendig. Deshalb werden in diesem Abschnitt einige wesentliche Begriffe definiert und gegeneinander abgegrenzt.

2.9.1 Erfindung

Erfindungen im Sinne des Patentrechts sind nicht auf der Hand liegende, technische Konstrukte oder Verfahren, die neue Anwendungen ermöglichen. Diese technischen Leistungen müssen sich an den Anforderungen des Patentrechts messen lassen. Werden alle Bedingungen der die Patentierbarkeit materiell regelnden Normen des Patentgesetzes (§§ 1 bis 5 PatG) erfüllt, wird für eine Erfindung ein Patent erteilt⁶⁰.

Aus dem Vorgang des Erfindens entstehen aus dem Patentgesetz (PatG) noch keine Rechte an der Erfindung. Nicht das Erfinden an sich ist geschützt, sondern die erstmalige Veröffentlichung des neuen technischen Wissens, welches der Erfindung zugrunde liegt, soll belohnt werden. Ist eine Erfindung noch nicht zum Patent angemeldet worden, existiert lediglich ein so genanntes Erfinderpersönlichkeitsrecht, das alleine aufgrund der Tatsache des Erfindens oder Miterfindens besteht. Es handelt sich hierbei um „sonstiges Recht“ i.S.v. § 823 BGB und kann nicht übertragen werden⁶¹. Der Schutz der Erfinderehre erwächst aus der in § 37 Abs. 1 PatG dargelegten Verpflichtung zur Nennung des Erfinders durch den Anmelder.

Aus einer Erfindung wird durch die Anmeldung des Erfindungsgegenstandes zum Patent beim deutschen oder europäischen Patentamt eine Patentanmeldung. Das der Erfindung zugrunde liegende technische Wissen

⁶⁰ *Ensthaler*, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, S. 89 ff.

⁶¹ *Fahse*, Patentrecht für Ingenieure, S. 31.

wird der Öffentlichkeit offenbart. Mit dem Anmeldevorgang sind rechtliche Konsequenzen verbunden, welche die Rechte des Anmelders⁶² schützen. Diese äußern sich in dem so genannten Prioritätsrecht, das dem Anmelder mit dem Tag der Anmeldung eingeräumt wird. Ab diesem Zeitpunkt ist er der Einzige, der ein Patent für die angemeldete Erfindung erlangen kann. Zwar kann er Dritten bis zur endgültigen Erteilung des Patenten die Auswertung der Erfindung noch nicht verbieten. Jedoch kann der Inhaber des Prioritätsrechts von jedem Dritten, der seine Erfindung benutzt, nach § 33 Abs. 1 PatG eine angemessene Entschädigung verlangen, sofern dieser „wusste oder wissen musste“, dass die benutzte Erfindung Teil der Patentanmeldung war. Mit der Zurückweisung der Anmeldung entfallen diese vorläufigen Schutzwirkungen und eventuell geleistete Entschädigungen müssen rückerstattet werden⁶³.

Im Rahmen dieser Arbeit werden unter dem Begriff Erfindung auch Patentanmeldungen subsumiert, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes gesagt wird.

2.9.2 Patent

Für eine Erfindung, die die Voraussetzungen des Patentrechts erfüllt, wird ein Patent erteilt. Bei einem Patent handelt es sich um einen staatlichen Verwaltungsakt, durch den die Erfindung als schützbar anerkannt und dem Anmelder ein Ausschließlichkeitsrecht zur Nutzung des Patentgegenstandes (der Erfindung) eingeräumt wird.

Durch die Vergabe von Patenten will der Staat den Erfinder dazu veranlassen, sein Wissen der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen und gewährt ihm im Gegenzug eine langjährige Vorzugsstellung. Allerdings sind an eine Erfindung eine Reihe von Voraussetzungen geknüpft, damit dieses Tauschgeschäft zwischen Staat und Anmelder zustande kommt. Nach § 1 PatG werden „Patente für Erfindungen erteilt, die neu sind, auf einer erfinderischen Tätigkeit beruhen und gewerblich anwendbar sind“. Diese Voraussetzungen werden durch die §§ 3 bis 5 PatG und durch die laufende Rechtsprechung genauer definiert. Einen Überblick hierzu gibt Abb. 2.6.

⁶² Wenn im Rahmen dieser Arbeit von dem Anmelder einer Erfindung zum Patent die Rede ist, ist derjenige gemeint, der die Anmeldung bei einem Patentamt vorlegt. Dabei muss diese Person nicht zwingend identisch mit der des Erfinders sein. So ist beispielsweise im Falle von Arbeitnehmererfindungen der Anmelder regelmäßig nicht der Erfinder persönlich.

⁶³ *Ensthaler*, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, S. 124 f.

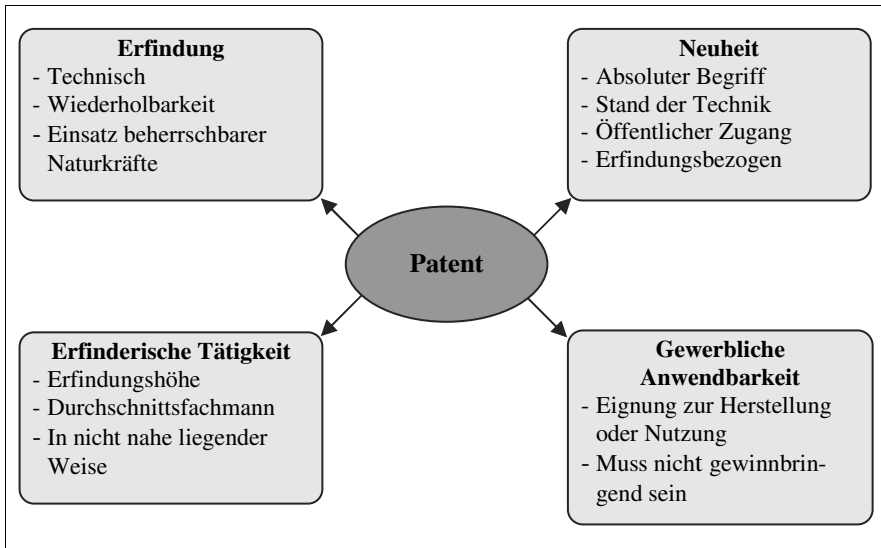


Abb. 2.6 Grundsätze der Patenterteilung

Gemäß § 16 PatG stellt das Patent ein absolutes Recht dar, das dem Inhaber für einen Zeitraum von maximal 20 Jahren ab dem Tag nach der Anmeldung gewährt wird. Es wirkt gegenüber jedem Dritten (ohne rechtliche Beziehungen, wie zum Beispiel durch einen Vertrag) und gewährt dem Inhaber des Patentbesitzes das ausschließliche Recht, die patentierte Erfindung wirtschaftlich auszuwerten⁶⁴.

2.9.3 Patentportfolio

Das Portfoliokonzept geht ursprünglich auf Anwendungen im finanzwirtschaftlichen Bereich zur Bestimmung optimaler Portfolios von Wertpapier- und Kapitalanlagen zurück und hat seit Anfang der siebziger Jahre vielfältige Anwendungen in der Unternehmensführung, im Marketing und im Technologiemanagement erfahren⁶⁵. Der Grundgedanke aller Portfolio-Darstellungen besteht darin, die Ist-Situationen einzelner Einheiten (Geschäftseinheiten eines Unternehmens, einzelne Produkte, Technologiefelder, Patente etc.) in einer zweidimensionalen Matrix abzubilden, um so Handlungsempfehlungen für die Zukunft ableiten zu können⁶⁶. Die

⁶⁴ *Beier/Heinemann*, Patent- und Musterrecht, Einführung, S. XI (XXII).

⁶⁵ *Pleschak/Sabisch*, Innovationsmanagement, S. 66.

⁶⁶ *Brockhoff*, Forschung und Entwicklung: Planung und Kontrolle, S. 156.

Dimensionen der Achsen können hierbei im Prinzip frei gewählt werden. In der Regel handelt es sich jedoch um eine Umweltdimension, das heißt um eine Größe, die vom Unternehmen nicht oder nur sehr beschränkt beeinflusst werden kann, und um eine unternehmensinterne Dimension, also eine direkt vom Unternehmen beeinflussbare Größe. Häufig werden komplexe Faktoren zur Erfassung der Dimensionen verwendet, die sich aus einer Reihe von Einzelfaktoren zusammensetzen⁶⁷.

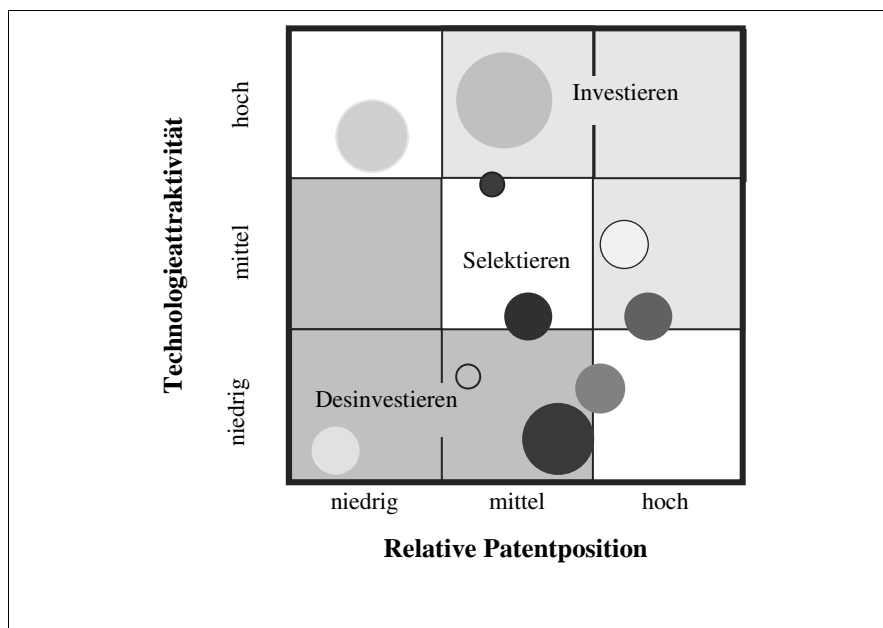


Abb. 2.7. Beispielhafte Darstellung eines Patentportfolios mit zehn Technologiegebieten (nach Brockhoff 1994)

Mit Hilfe von Patentportfolios können die Patentpositionen von Unternehmen in einzelnen Technologiefeldern analysiert und bewertet werden. Anhand von Abb. 2.7 wird im Folgenden die Grundstruktur von Patentportfolios erläutert.

Voraussetzung für die Erstellung eines derartigen Patentportfolios ist die zweckmäßige Abgrenzung von für das Unternehmen relevanten Technologiefeldern. Dabei ist es erforderlich, dass alle relevanten Technologiefelder berücksichtigt werden, auch wenn sie von Wettbewerbern beherrscht werden⁶⁸.

⁶⁷ Pleschak/Sabisch, Innovationsmanagement, S. 66.

⁶⁸ Brockhoff, Forschung und Entwicklung: Planung und Kontrolle, S. 167.

Auf der Abszisse wird die relative Patentposition in den zuvor definierten Technologiefeldern abgetragen. Diese bemisst sich anhand der Anzahl der erteilten Patente im betrachteten Technologiefeld im Vergleich zum stärksten Wettbewerber. Die relative Patentposition stellt die unternehmensinterne Dimension des Patentportfolios dar. Sie kann durch entsprechende Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen direkt gesteuert werden⁶⁹.

Auf der Ordinate wird die Attraktivität der dargestellten Technologiefelder abgetragen. Diese wird gemessen anhand der durchschnittlichen Wachstumsrate der Patentanmeldungen in den letzten vier Jahren relativ zur durchschnittlichen Wachstumsrate der Patentanmeldungen der letzten sechzehn Jahre⁷⁰. Somit handelt es sich bei der Technologieattraktivität um eine Umweltdimension, auf die nicht gezielt Einfluss genommen werden kann.

Die Bedeutung der einzelnen Technologiefelder für das Unternehmen wird durch die Größe der Kreisfläche repräsentiert. Sie ergibt sich aus dem Anteil der Patente des betrachteten Technologiefeldes relativ zur gesamten Anzahl der Patente des Unternehmens. Somit wird ersichtlich, auf welche Technologien das betrachtete Unternehmen seine Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen konzentriert⁷¹.

Zu den Schlussfolgerungen, die aus einem Patentportfolio gezogen werden können, sind zwei Anmerkungen zu machen. Auf der einen Seite sind mit Hilfe von Patentportfolios nicht nur Aussagen über die Gesamtsituation eines Unternehmens möglich, sondern auch Aussagen über die Wertigkeit einzelner Patente für das Unternehmen. Für diese können aus der Zuordnung zu bestimmten Technologiefeldern, die eine definierte Position innerhalb des Portfolios innehaben, Rückschlüsse auf ihren Wert und ihre Bedeutung für das Unternehmen gezogen werden. Auf der anderen Seite können Patentportfolios nicht nur für Unternehmen erstellt werden. Prinzipiell kann für eine beliebige Bezugseinheit ein solches Portfolio generiert werden. So kann zum Beispiel auch eine einzelne Geschäftseinheit eines Unternehmens betrachtet werden, um technologische Stärken und Schwächen dieser zu identifizieren.

Auf die Alternativen bei der Wahl der Bezugseinheit und auf die genaue Bestimmung der Dimensionen *relative Patentposition* und *Technologieattraktivität* wird in den Ausführungen zu Technologieportfolios in Abschn. 4.4.2 Technologiebezogene Patent-Portfolio-Analyse und im Rahmen der Bewertung von Patentportfolios in Abschn. 6.3 genauer eingegangen.

⁶⁹ Ernst, Patentinformation für die strategische Planung von Forschung und Entwicklung, S. 118.

⁷⁰ Brockhoff, Forschung und Entwicklung: Planung und Kontrolle, S. 167.

⁷¹ Brockhoff, Technovation Band 12 1/1992, S. 41 (47).

Patentbewertung

Ein Praxisleitfaden zum Patentmanagement

Ensthaler, J.; Strübbe, K.

2006, XI, 338 S., Hardcover

ISBN: 978-3-540-34413-1